attac

Sozial-ökologische Transformation

Es bewegt sich was!



Foto: Stephanie Handtmann

Inhalt

1 EUR 50

Das politische Geschehen der letzten Monate überrascht. Mit Fridays for Future (FfF) treten junge Menschen so hartnäckig für Klimagerechtigkeit ein, dass der Politikapparat sie nicht ignorieren kann. Mit der Extinction Rebellion (XR) tritt ein neuer Akteur auf den Plan, der auf Zivilen Ungehorsam setzt. Das Rezo-Video hat zusätzlich dazu beigetragen, das Thema Klimakatastrophe ganz groß zu machen. Und je rechter die politischen Positionen, umso hilfloser die Reaktionen. Die AfD sieht alt aus. Gut so.

In Attac fühlen wir uns bestärkt in unserem Engagement für eine sozial-ökologische Transformation. Parallel zum Start unserer Kampagne »Einfach umsteigen – Klimagerechte Mobilität für alle« wächst das öffentliche Interesse an einer Verkehrswende. Dieses Jahr wird es erstmalig größere Proteste gegen die Internationale Automobilausstellung IAA in Frankfurt geben; ein deutliches Zeichen, dass etwas in Bewegung gerät. Attac wird dabei sein, ebenso bei der von Fridays for Future ausgerufenen Streik- und Aktionswoche ab dem 20. September.

Auch beim Thema Wohnen bewegt sich etwas: Wir unterstützen die europäische Bürger*inneninitiative »Wohnen für Alle« und veranstalten mit anderen im Herbst in Frankfurt eine Tagung »Wohnen und Kommunen«. Denn das Recht auf bezahlbaren Wohnraum muss zurückerkämpft werden. Gemeingüter wie Bildung, Gesundheit, Pflege oder Wohnen sind für alle da und Teil einer sozial-ökologischen Transformation: Nur ein radikaler Bruch mit der heutigen Produktions-, Konsum- und Lebensweise wird den Klimakollaps verhindern.

Attac hat vor zwanzig Jahren begonnen, den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus zu kritisieren und dazu beigetragen, dass heute eine Welt jenseits der Marktlogik denkbar wird. Doch das neoliberale Rad dreht sich weiter: Wie verändert sich die globale Ökonomie? Welche Rolle spielt die Digitalisierung, wenn die fünf am höchsten bewerteten Konzerne IT-Konzerne sind? Was heißt »Plattformökonomie«, und wie verändert sie Ausbeutungsverhältnisse hier und weltweit? Was folgt aus den machtpolitischen Verschiebungen in der multipolaren Welt?

Attac wird nun gefragt: Warum macht auch ihr jetzt noch eine Verkehrskampagne? Weil wir das Ganze in den Blick nehmen: Wir kritisieren die Mobilitätsstrategien der Konzerne und treten für einen Personenverkehr ein, der auf öffentlichen Systemen, Fuß- und Radverkehr basiert. Wir denken beim Güterverkehr nicht nur über andere Transportformen nach, sondern über eine Regionalisierung der Wirtschaft und eine Vermeidung unnützer Produktion, um Verkehr zu reduzieren und mehr Lebensqualität zu gewinnen. Und wir sind davon überzeugt, dass eine klimagerechte Verkehrswende ein wichtiger Hebel für eine sozial-ökologische Transformation sein kann.

Achim Heier, Attac-Koordinierungskreis

www.attac.de/verkehrswende

Güterverkehr

Vor allem eines: weniger.

Urs Kleinert, Attac-AG Jenseits des Wachstums, im Gespräch über Konzepte zum Güterverkehr.

Lieber Urs, zu den zentralen Bereichen, die im Zuge der sozial-ökologischen Transformation umgebaut werden müssen, gehört der Verkehr. Neben der individuellen Mobilität trägt auch der Transport von Waren und Gütern massiv zur Klimazerstörung bei. In der AG Jenseits des Wachstums von Attac arbeitet ihr an Konzepten für einen anderen Güterverkehr. Was muss sich ändern?
Der Gütertransport hat gigantische Ausmaße angenommen. Der LKW-Verkehr in Deutschland hat sich seit 1990 verdoppelt, der globale Seetransport sogar verdreifacht. Die ökologischen und Gesundheitsschäden sind massiv: Flächenfraß, Lärm, Stickoxid und Feinstaub sowie Schwefeldioxid aus der Schifffahrt. Während in anderen Sektoren der CO2-Ausstoß sinkt, nimmt er im Verkehr zu und macht jetzt 18 Prozent der Gesamtemissionen aus. Dabei ist der grenzüberschreitende See- und Luftverkehr noch gar nicht mitgerechnet. Und trotzdem wird ein »Wachstum« des Umschlags in Häfen, Flughäfen und Logistikzentren positiv gesehen, als Zeichen von Wohlstand. Das ist einfach absurd!
Natürlich muss mehr Fracht auf die Schiene, und wir brauchen neue, effiziente Technologien. Aber wenn wir einen nachhaltigen Güterverkehr wollen, dann bedeutet das vor allem eines: viel weniger.

Produkte, die über tausende Kilometer angeliefert werden, sind immer noch billiger als hier produzierte. Wie kann das sein? Würden sich Steuern als ökologisches Lenkungselement eignen?
Unternehmen machen sich geschickt die Vorteile des globalisierten Kapitalismus zunutze: Rohstoffe werden dort gefördert, wo es kaum Umweltvorschriften gibt, arbeitsintensive Prozesse werden in Niedriglohnländer verlagert, und Gewinne fallen »zufällig« in Staaten an, die diese nicht besteuern. Die Transportkosten spielen dabei fast keine Rolle; so kostet etwa ein 20-Fuß-Container von Shanghai nach Hamburg keine 700 Euro.
Eine Steuer oder Abgabe würde diese Rechnung ändern. Wir diskutieren eine Güterverkehrssteuer, die nach Transportmittel gestaffelt wäre, und im Idealfall global. Auch eine drastische Erhöhung der LKW-Maut, wie sie Greenpeace vorschlägt, ist denkbar. Smartphones aus Asien würden nicht teurer, wohl aber voluminöse Güter wie Brennstoffe, Baumaterialien oder Tierfutter. Regionale Produzent*innen hätten so mehr Chancen am Markt – und genau das ist das Ziel. Erster Schritt muss aber der Abbau umweltschädlicher Subventionen sein: Laut Umweltbundesamt sind das allein im Verkehrsbereich rund 30 Milliarden Euro pro Jahr.

Wenn der Transport sich verteuert, wie kann man sicherstellen, dass die Mehrkosten nicht auf die »kleinen Leute« abgewälzt werden?
Das ist die entscheidende Frage. Wenn dieser Eindruck entsteht, kann so etwas ganz schnell politisch toxisch werden – das haben wir gerade in Frankreich erlebt. Die Einnahmen müssen so verwendet werden, dass Menschen erkennbare Vorteile haben. Das können gezielte Leistungen sein, wie subventionierter Wohnraum, höheres Kindergeld, vergünstigte Nahrungsmittel, oder eine direkte Erstattung wie bei der Schweizer CO2-Abgabe.

Nationales Wirtschaften wird auch von Rechten propagiert, die jede Globalisierung aus ideologischen Gründen ablehnen …
Kein Land ist in der Lage, alles selbst zu produzieren. Wer versucht, sich von der Globalisierung abzukoppeln, verliert wirtschaftlich und technologisch den Anschluss. Die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte hat die soziale Spaltung verschärft, was rechten Demagogen wie Trump Zulauf beschert. Doch ihre nationalistische Wirtschaftspolitik ist ökonomisch kurzsichtig, vor allem aber politisch brandgefährlich.
Stattdessen braucht es verbindliche globale Regeln für mehr Gerechtigkeit und selbstbestimmte Entwicklung. Um die Globalisierung zu retten, muss sie demokratisch gestaltet und »gezähmt« werden. Davor hat das Kapital Angst – und die Rechten auch.

Welche Rolle spielt die Digitalisierung, speziell der Onlinehandel?
Eine große, aber ambivalente. LKW-Verkehr und der Bau riesiger Logistikzentren auf der »grünen Wiese« haben viel mit dem Onlinehandel zu tun, andererseits ist dieser für Menschen in ländlichen Gebieten ein Segen. Die Anlieferung, künftig mit E-Transportern, ist dort ökologisch sinnvoller als weite (Auto-)Fahrten zum Shoppen.
Die Digitalisierung macht komplexe globale Lieferketten und weitgehend automatisierten Container-Transport möglich. Das trägt enorm zu mehr Güterverkehr bei. Aber sie bietet auch große Chancen: Sharing-Plattformen erlauben eine effiziente geteilte Nutzung, und dank neuer Technologien wie 3D-Druck und digitaler Fabriken können statt physischer Güter künftig Digitaldaten transportiert werden. Entscheidend wird sein, wer Zugriff auf die Daten hat: Sind sie exklusives »geistiges Eigentum« eines Konzerns – oder frei für alle nutzbar?


Foto: Liquid Oh, flickr.com, CC BY-NC-SA 2.0

Wen können wir als Verbündete für unsere Konzepte gewinnen?
Zuerst natürlich die Umwelt- und Klimabewegung, die bereits über Verkehrswahnsinn und Alternativen diskutiert. Dann Anwohner*innen, die direkt von Lärm oder Neubauprojekten wie Autobahnen, Flughafen- oder Hafenterminals betroffen sind. Aber auch ungewöhnliche Bündnisse sind möglich, etwa mit der bäuerlichen Landwirtschaft oder regional orientierten Unternehmen, angefangen bei Energie, Lebensmitteln und Baustoffen. Eine wichtige Rolle spielt die öffentliche Vergabe, die viel stärker nach ökologischen und regionalen Kriterien erfolgen sollte.

Wie will Attac die Debatte für einen anderen Güterverkehr voranbringen?
Dezentral finden bereits vielerorts Aktionen statt, die wir stärken und vernetzen wollen. So ist in Neu-Eichenberg bei Göttingen ein Acker besetzt, um den Bau eines Mega-Logistikzentrums der Dietz AG zu verhindern (neb-bleibt-ok.de/ackerbleibt.org). Sowas muss Schule machen, damit die Politik nicht länger die Interessen von »Investor*innen« über die der Betroffenen stellt!
Die Debatte über städtische Mobilität ist in vollem Gange, aber der Güterverkehr ist bisher kaum Thema. Das wollen wir ändern. Wenn wir weniger Transporte wollen, müssen wir unser Wirtschaftsmodell grundlegend hinterfragen – eine Mammutaufgabe, aber ich denke, die Zeit ist reif dafür!

Interview: **Lena Bröckl**

Enteignung

Der weite Weg zur Vergesellschaftung



Foto: Bodo Pallmer

Das Berliner Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co enteignen« hat den gesellschaftlichen Diskurs in Deutschland verschoben und die Eigentumsfrage erstmals wieder auf die politische Agenda gesetzt. Das Volksbegehren fordert die Enteignung privater Unternehmen, die mehr als 3.000 Wohnungen besitzen. Als Rechtsgrundlage soll erstmals der Artikel 15 des Grundgesetzes dienen, der es erlaubt, »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel [...] zum Zwecke der Vergesellschaftung« in Gemeineigentum zu überführen.

Seither gibt es eine erregte Debatte über den Sinn und die Legitimität von Enteignungen. Dass diese Debatte überhaupt geführt wird, ist ein enormer Erfolg der Initiative. Kaum beachtet wird aber, was nach der Enteignung geschehen soll, was überhaupt die »Vergesellschaftung« der Wohnungen sein kann und sollte. Die Initiative hat dazu den Vorschlag gemacht, ein öffentliches Unternehmen in Form einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) zu gründen, in deren Eigentum die Wohnungen übergehen.

Staatseigentum ist kein Gemeineigentum

Wäre das nun schon eine Vergesellschaftung? Gehen die vormals privaten Wohnungsbestände dadurch in Gemeineigentum über? Mitnichten! Denn noch würde es sich lediglich um das handeln, was meist als »öffentliches Eigentum« bezeichnet und mit Gemeineigentum gleichgesetzt wird. Die Schriftstellerin Daniela Dahn legt überzeugend dar, wie irreführend diese Gleichsetzung ist. Denn öffentliches Eigentum ist nur zur öffentlichen Nutzung freigegebenes Staatseigentum.

Faktisch handelt es sich auch bei Staatseigentum um Privateigentum, wie Dahn betont. Denn die Verfügungsgewalt liegt nicht bei den Bürger*innen, dem eigentlichen Souverän. Sie haben nur ein Nutzungsrecht an den Leistungen von Stadtwerken, kommunalen Krankenhäusern oder Wohnungsgesellschaften, auf dessen Ausgestaltung sie keinen direkten Einfluss ausüben.

Nur eine Minderheit im Staat, in der Regel die regierenden Parteien, entscheidet darüber, was wie lange und unter welchen Bedingungen öffentlich genutzt werden darf. So nehmen sich die Regierungsparteien das Recht, je nach Gusto öffentliches Eigentum zu bilden oder es wieder zu verkaufen, ohne die Bürger*innen dabei zu konsultieren.

Daher bedeutet auch die Überführung von Wohnungen in ein öffentliches Unternehmen zunächst nur den Wechsel von einer privaten Eigentumsform in eine andere. »Eigentlich wechselt nur der Verwalter«, so Dahn.

Daseinsvorsorge in Bürger*innenhand

Dessen sind sich auch die Initiator*innen des Berliner Volksbegehrens bewusst. Sie fordern daher, den Verwaltungsrat der AöR als oberstes Entscheidungsgremium mehrheitlich mit Vertreter*innen der Mieterschaft, der Angestellten und der Stadtgesellschaft zu besetzen. Das heißt, Vertreter*innen der Regierungsparteien wären in der Minderheit.

Die Zurückdrängung des Einflusses der Parteien ist berechtigt und eine der Voraussetzungen für die Vergesellschaftung. Denn die in Berlin regierenden Parteien waren es, die seit den 1990er Jahren fast die Hälfte der landeseigenen Wohnungen (rund 230.000) verkauften. Hinzu kommt: Dieselben Parteien, die den öffentlichen Wohnungsbestand dezimierten, schanzten ihren Mitgliedern lukrative Posten in den öffentlichen Wohnungsgesellschaften zu. Eine Vergesellschaftung muss daher gegen die Parteien durchgesetzt werden.

Doch die Umsetzung der Vergesellschaftung ist ein anspruchsvoller Prozess. So gibt es nur wenige Erfahrungen mit einer demokratischen Kontrolle öffentlichen Eigentums, die in eine Vergesellschaftung münden könnte. Die üblichen Beteiligungsansätze reichen jedenfalls nicht aus. Vielmehr müssten die Bürger*innen die öffentlichen Unternehmen steuern können. Im Fall von Wohnungsgesellschaften hieße das, über Mietpreise, Investitionen oder Kriterien der Wohnungsvergabe zu entscheiden.

Daran schließt sich eine Reihe von Fragen an: Wie lassen sich vergesellschaftete Unternehmen demokratisch steuern? Wer vertritt die Bürger*innen in den Entscheidungsgremien? Wie lässt sich die Diskriminierung etwa von Migrant*innen, Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderung oder geringem Einkommen vermeiden? Wie lassen sich die Unternehmen dauerhaft gegen Privatisierung schützen? All diese Fragen können nur durch praktische Erfahrungen beantwortet werden. Ansätze demokratischer Kontrolle müssen schrittweise erprobt und weiterentwickelt werden. Daher ist es wichtig, nicht bei der Enteignung stehen zu bleiben.

Jana Mattert und **Thomas Fritz**,
Attac-AG De-Privatisierung

Quelle: Daniela Dahn: Warum Staat und Eigentum getrennt werden müssen, in: LunaPark21 Extra 16/17, Winter 2017/18, S. 8–11.

Terminhinweis für kommunalpolitisch Interessierte:
Konferenz »Kommunen und Wohnen – Bezahlbarer Wohnraum für alle«
20. und 21. September 2019
Ort: Frankfurt am Main

www.kommunenkonferenz.de

#unteilbar

Was wir sind und was wir wollen



Foto: Stephanie Handtmann

Der Sommer 2018 hatte mit vielen Demonstrationen gegen rechts und für Vielfalt, die in Chemnitz, München, Hamburg und anderswo stattfanden, eine Trendwende in der öffentlichen Auseinandersetzung angezeigt. Und schließlich haben mit der großen »Unteilbar«-Demonstration am 13. Oktober in Berlin Hunderttausende den lähmenden Zustand der gefühlten Alternativlosigkeit überwunden und gezeigt: Es reicht, wir wollen eine andere, eine solidarische Gesellschaft!

Zum Ausdruck kam: Reichtum ist (umver-)teilbar – Menschenrechte sind unteilbar.

Auf dieser Basis sind (kosmopolitische) Identitätspolitik und (nationale) Klassenpolitik nur vermeintlich konträr: Es geht genau darum, soziale und emanzipatorische Fragen gemeinsam zu denken und im Ergebnis gemeinsam zu handeln.

Wissenschaftler*innen wie Silke van Dyk und Stefanie Graefe haben in einem Sammelband von Karina Becker, Klaus Dörre und Peter Reif-Spirek erklärt, dass es notwendig ist, die globale Ungleichheit von Vermögen, Einkommen und Lebenschancen zu skandalisieren und zu überwinden. Jedes Zugeständnis an nationalistische, rassistische und patriarchale Identitätsangebote ist dabei als vollständig inakzeptabel zurückzuweisen. Stattdessen gilt es, die Vision einer sozial gerechten und zugleich radikal vielfältigen Weltgesellschaft zu entwickeln.

Auch vor diesem Hintergrund steht »Unteilbar« solidarisch an der Seite der Betroffenen von Verarmung, Ausgrenzung und Unterdrückung, von Klimakrisen und Kriegen. Gemeinsam streiten wir für die Zukunft aller. Wir denken keine Grenzen – denn es gibt nur diese eine Welt. Das hat »Unteilbar« auf der Straße zum Ausdruck gebracht. Mit öffentlichen Aktionen und Demonstrationen, im privaten und beruflichen Alltag stehen wir für eine andere, eine offene und gerechte Gesellschaft ein. Wir setzen den rassistischen und faschistischen Kräften das Bild einer solidarischen und offenen Gesellschaft entgegen.

Dabei haben die Ergebnisse der Europawahlen und der Kommunalwahlen gezeigt, dass es noch vieler Aktivitäten und Demonstrationen bedarf, um Rassismus und Menschenverachtung zurückzudrängen und eine offene und solidarische Gesellschaft für alle zu erreichen. Wahlen sind Momentaufnahmen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, nicht mehr und nicht weniger. Aber: Wahlergebnisse sind Grundlage der Bildung einer Regierung, die wiederum für mehrere Jahre politische Rahmenbedingungen gestaltet und Gesetze verabschiedet. Allein das Agieren der AfD in Landtagen und Kommunalparlamenten bekommen viele Menschen, Gruppen und Initiativen bereits heute alltäglich und bitter zu spüren.

Den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg sowie in Thüringen wird in diesem Jahr eine weit über die Landesgrenzen hinausgehende Bedeutung zukommen: Erstmals besteht die konkrete Gefahr einer Regierungsbeteiligung der autoritären und rassistischen AfD. Insofern werden diese Wahlen zu einer Nagelprobe für die Demokratie, und wir mischen uns unteilbar ein.

Am 24. August in Dresden kommen wir alle zusammen: Als Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet demonstrieren wir nicht nur gegen rechts, sondern auch für eine Umverteilung von oben nach unten, für Klimagerechtigkeit, den Ausbau ländlicher Infrastruktur, die Stärkung von Freiheits- und Menschenrechten, das Ende der Abschottung, für die Gleichberechtigung der Geschlechter, für bezahlbare Mieten und für freie Kultur.

Die Zusammenarbeit mit und die Unterstützung von örtlichen und regionalen Gruppen und Initiativen, die die solidarische und offene Gesellschaft repräsentieren, hat für unser Bündnis einen zentralen Stellenwert. Wir unterstützen die Konzert- und Marktplatztour #WannWennNichtJetzt, mit der in vielen Orten in Brandenburg, Thüringen und Sachsen ein neuer Aufbruch der lebendigen und demokratischen Zivilgesellschaft gewagt wird.

Im Bündnis vernetzen wir uns von unten, als Initiativen aus kleineren Orten mit bundesweiten Organisationen und großen Verbänden. Dabei respektieren wir unsere Unterschiedlichkeit und sind uns gleichzeitig darin einig, dass die sozialen und die Menschenrechte unteilbar sind. Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden und stehen für eine offene und freie Gesellschaft der Vielen.

Wir setzen ein unteilbares Zeichen.

Georg Wissmeier arbeitet bei Verdi und ist im Arbeits- und Koordinierungsausschuss des bundesweiten Bündnisses »Unteilbar«, dem auch Attac angehört, aktiv.

www.unteilbar.org

Wirtschaftslobbyisten

Gericht und Ministerium – Hand in Hand gegen die Gemeinnützigkeit von Attac?



Foto: Stephanie Handtmann

Fast drei Jahre ist es her, als am 10. November 2016 gefeiert wurde: Am Kiosk um die Ecke des Hessischen Finanzgerichts, im Attac-Büro, in den über 150 regionalen Attac-Gruppen, aber auch in vielen anderen Teilen der kritischen Zivilgesellschaft. Attac hatte mit Pauken und Trompeten seinen Prozess gegen das Frankfurter Finanzamt gewonnen. Jenes hatte Attac mit der Begründung, es sei zu politisch, die Gemeinnützigkeit aberkannt. Doch die Richter am Hessischen Finanzgericht sahen das ganz anders: Selbstverständlich sei das, was Attac betreibe, politische Bildung, und Attac verfolge mit seinem Engagement satzungsgemäße Zwecke.

Doch die Freude währte nicht lange. Auf Drängen des Bundesfinanzministeriums (BFM), das diesen Vorgang auch offiziell bestätigte, legte das Finanzamt Frankfurt Rechtsmittel ein, um den Prozess vor dem Bundesfinanzhof (BFH) fortzuführen. Das Bundesfinanzministerium trat dem Revisionsverfahren offiziell bei; das Schreiben, mit dem das Ministerium diesen Beitritt begründete, stammt von Rolf Möhlenbrock, damals noch Unterabteilungsleiter. Darin argumentiert Möhlenbrock, Attac sei zu politisch engagiert, um als gemeinnützig gelten zu können. Insbesondere kritisierte der Ministerialbeamte, die Positionen des Netzwerks seien »näher der Parteipolitik der Opposition als der der Regierungsparteien«. Ähnlich begründete BFH-Präsident Mellinghoff das Urteil gegen Attac im Februar dieses Jahres: Zur Gemeinnützigkeit gehöre »nicht die allgemeine politische Betätigung auf allen möglichen Feldern«. Attac habe »diesen Rahmen überschritten«.

Wer fürchtet, dieses Vorgehen gegen Attac könne politisch motiviert sein, der/dem wird besonders ein Detail unangenehm auffallen: Sowohl Möhlenbrock als auch Mellinghoff sind Teil des sechsköpfigen Vorstands des gemeinnützigen (!) Instituts Finanzen und Steuern.

Nun steht es selbstverständlich auch Staatsbediensteten frei, sich in ihrer Freizeit Projekten zu widmen, die ihnen am Herzen liegen. Doch um welche Herzensangelegenheiten handelt es sich da? Das Institut Finanzen und Steuern ist ein stramm wirtschaftsliberaler Verein. Die Vision seiner Vertreter*innen besteht in der Hauptsache aus der Senkung von Unternehmenssteuern – und steht also damit inhaltlich genau für das Gegenteil dessen, wofür Attac eintritt. Dabei hat es sich das Institut selbst offen zum Ziel gesetzt, die Politik und insbesondere die Gesetzgebung in seinem Sinne zu beeinflussen: Anliegen des Instituts ist es, eine unternehmensfreundliche »bewegliche Steuerpolitik« durchzusetzen. Dafür kommen in Vorstand und Kuratorium des Instituts Wirtschaftsvertreter*innen, Abgeordnete und Finanzpolitiker*innen, Ministerialbeamte, Richter*innen und Wissenschaftler*innen zusammen. In den Veröffentlichungen des Instituts überwiegen wirtschaftsliberale Positionen, wie sie FDP und CDU vertreten.

Dass dieses Institut als gemeinnützig gilt, kann angesichts auch der Leitlinien, die der BFH für das Attac-Urteil ausgegeben hat, nur verwundern. Weder kann seine Geschäftstätigkeit als parteipolitisch neutral durchgehen, noch hält es sich aus dem politischen Alltagsgeschäft heraus – ein Vorwurf, dem Attac im Laufe des Verfahrens häufig ausgesetzt war. Ganz im Gegenteil: Die Beeinflussung von politischen Mehrheitsverhältnissen gerade bei der Steuergesetzgebung ist erklärtes Ziel des Instituts.

Wenn nun also wirtschaftsfreundlicher Lobbyismus als gemeinnützig gilt, die Unterstützung von Menschen dabei, ihre politischen Standpunkte zu formulieren, Forderungen an die Politik zu richten und Protest auf die Straße zu bringen aber nicht, dann ist das nicht nur ein sicheres Indiz dafür, dass das Gemeinnützigkeitsrecht reformiert werden muss. Es ist auch ein Symptom der realen Kräfteverhältnisse, in denen der Raum für kritische Zivilgesellschaft, der Raum für lebendige und gelebte Demokratie immer weiter eingeschränkt wird – zugunsten der Wirtschaftsmacht.

Ob Möhlenbrock und Mellinghoff sich jemals ausdrücklich über den Fall Attac und wie er zu behandeln sei miteinander beraten haben, werden wir wohl nie erfahren. Doch das bleibt letzten Endes irrelevant, gemessen an dem Auftrag, den dieser Vorgang für die kritische Zivilgesellschaft bedeutet: Wir müssen unsere Spielräume noch besser verteidigen, nutzen und ausbauen, um unsere Positionen gegen die übermächtig erscheinende Lobbymacht weiterhin hörbar zu vertreten. Auf geht's!

Jule Axmann und **Frauke Distelrath**,
Attac-Bundesbüro

www.attac.de/jetzt-erst-recht



Einfach umsteigen, Foto: Arno Behlau



150.000 für ein solidarisches Europa, Foto: attac.de

Rückblick

5. April 2019

TTIP reloaded? Offener Brief an Altmaier

Zwölf zivilgesellschaftliche Organisationen – darunter Attac – fordern Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier in einem offenen Brief auf, neuen Verhandlungen über ein Handelsabkommen der EU mit den USA nicht zuzustimmen. Vorab nötig ist ein breiter Prozess auch mit der Zivilgesellschaft, um zu klären, welche Ziele Priorität bei Handelsabkommen haben sollen.

10. April 2019

Einfach umsteigen: Kampagne für sozial-ökologische Verkehrswende startet

Startschuss für die Attac-Kampagne »Einfach umsteigen – Mobilität für alle«: Beim Ratschlag in Köln beschließen die Attac-Aktiven, sich in den kommenden Monaten schwerpunktmäßig für eine konsequent andere Verkehrspolitik stark zu machen – weg vom motorisierten Individualverkehr hin zu ressourcenschonenden öffentlichen Verkehrssystemen. Eine Aktion am Kölner Hauptbahnhof bildet den Auftakt.

24. April 2019

Videoclips zeigen Menschenrechtsverletzungen in der globalen Wirtschaft

Menschenrechte werden in den globalisierten Wirtschaftsbeziehungen brutal missachtet. Darauf macht Attac mit einer Reihe von Videoclips aufmerksam, die am sechsten Jahrestag des Fabrikeinsturzes von Rana Plaza online gehen. Die Kurzfilme zeigen: Menschenrechte müssen in der globalen Wirtschaft durchsetzbar werden – entlang der gesamten Lieferkette.
www.attac.de/menschenrechte-vor-profit

19. Mai 2019

150.000 demonstrieren für ein solidarisches Europa

Über 150.000 Menschen demonstrieren allein in Deutschland unter dem Motto »Ein Europa für alle – Deine Stimme gegen Nationalismus!« für ein Europa der Menschenrechte, Demokratie, sozialen Gerechtigkeit und des ökologischen Wandels. In sieben deutschen und mehr als 40 weiteren europäischen Städten setzen die Demonstrierenden ein deutliches Zeichen gegen nationalistische und rechtsextreme Parteien. Zusammen mit weiten Teilen der Zivilgesellschaft hat Attac zu den Demos mobilisiert.

21. Mai 2019

Proteste am globalen Anti-Chevron-Tag

Mehr als 260 Organisationen weltweit fordern, den Ölriesen Chevron für die Umweltkatastrophe im Amazonasgebiet zur Verantwortung zu ziehen. Auch in Berlin protestiert ein breites Bündnis – dabei Attac – gegen Straffreiheit für Chevron. 2011 verurteilte ein Gericht in Ecuador Chevron zu 9,5 Milliarden Dollar Schadensersatz. Doch der Konzern zog vor ein privates Schiedsgericht (ISDS) – und bekam Recht: Mit dem Urteil habe Ecuador gegen ein Investitionsabkommen mit den USA verstoßen.

22. Mai 2019

Attac-Protest bei Daimler-Hauptversammlung

Mobilität für alle statt Konzernprofite! Unter diesem Motto verleihen Attac-Aktive bei der Daimler-Hauptversammlung in Berlin ihrer Forderung nach einer sozial-ökologischen Verkehrswende Nachdruck. Notwendig ist die Konversion der Autokonzerne, also die Umstellung ihrer Produktion auf Fahrzeuge für den öffentlichen Verkehr.

23. Mai 2019

Deutsche Bank: Zukunft nur mit weißer Weste!

Karussellhandel, Cum-Ex, Kohlestrom. Die Deutsche Bank hat mächtig Dreck auf der weißen Weste. Mit einer Aktion bei der Hauptversammlung in Frankfurt fordert Attac, das Gemeinwohl schädigende Geschäftsmodell des Instituts zu beenden und es in den Dienst des sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft zu stellen.

29. Mai bis 2. Juni 2019

Üben für den kreativen Protest

Bei der Attac-Aktionsakademie in Augsburg üben etwa 100 junge Menschen für den kreativen Protest. Die Palette reicht von Adbusting, Straßentheater und Rebel-Clowning über Sambatrommeln und Aktionsfotografie bis zum Kletterkurs und zu gewaltfreiem Zivilen Ungehorsam. Mit einer Aktion gegen Miethaie in der Augsburger Innenstadt setzen die Teilnehmer*innen das Erlernte in die Praxis um.

8. und 9. Juni 2019

G20: Deutschland blockiert Gesamtkonzernsteuer

Beim Treffen der Finanzminister der G20 in Japan steht erstmals eine Gesamtkonzernsteuer auf der Tagesordnung. Doch ausgerechnet Deutschland blockiert: Bundesfinanzminister Olaf Scholz spielt sich als Retter der Autoindustrie auf und verkauft das auch noch als nationales Interesse.

18. Juni 2019

Deutsche Wohnen: Aktien fallen, Mieter*innen feiern

Die Deutsche Wohnen ist ein Sinnbild dafür, wie das Menschenrecht auf Wohnen mit Füßen getreten wird, um die Renditeziele von Aktionär*innen zu bedienen. Mit einer Aktion



Deutsche Bank mit Dreck auf der Weste, Foto: attac.de



Deutsche Wohnen: Mieter*innen feiern, Foto: Bodo Pallmer

bei der Hauptversammlung des Konzerns in Frankfurt fordern Attac-Aktivist*innen, endlich die Rahmenbedingungen für bezahlbares und soziales Wohnen zu schaffen. Motto: »Deutsche Wohnen: Aktien fallen, Mieter*innen feiern«.

20. bis 23. Juni 2019

Ende Gelände legt das rheinische Braunkohlerevier lahm

So geht Protest! 40.000 Menschen, darunter viele Attac-Aktive, zeigen mit Ende Gelände im Braunkohlerevier am Niederrhein, wie viel man gemeinsam erreichen kann. Ob mit Sitzblockaden, im Fahrradkorso, bei Kundgebungen oder bei der konkreten Behinderung des Kohleabbaus: Zusammen schaffen sie es, Klima und Kohleausstieg ganz oben auf die politische Agenda zu setzen.

29. Juni 2019

Demonstration gegen Ai-Force-Basis in Ramstein

Mit einer Demonstration an den Toren der US Air Base Ramstein protestiert die Friedensbewegung gegen die kriegerischen Aktionen, für die der Luftwaffenstützpunkt seit Jahrzehnten ein Drehkreuz bildet. (Termin nach Redaktionsschluss)

Ausblick

31. Juli bis 4. August 2019

Attac-Sommerakademie in Bochum

Wie kommen wir von einem Leben auf Kosten anderer zum guten Leben für alle? Wem diese Frage auf den Nägeln brennt, findet bei der Attac-Sommerakademie viele Gelegenheiten zu lernen und zu diskutieren. In sommerlich entspannter Atmosphäre setzen sich die Teilnehmer*innen mit der neoliberalen Globalisierung auseinander. Im Mittelpunkt stehen Ansätze für einen sozialökologischen Umbau der Gesellschaft.
www.attac.de/sommerakademie

24. August 2019

Unteilbar: Großdemo in Dresden

Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden. Attac ruft mit auf zur Großdemonstration des Unteilbar-Bündnisses in Dresden. Gemeinsam stellen wir uns gegen Diskriminierung, Verarmung, Rassismus, Sexismus, Entrechtung und Nationalismus. (siehe auch Seite 4)
www.unteilbar.org

12. bis 15. September 2019

Automesse IAA in Frankfurt: Aktionstage für radikale Verkehrswende

Klar ist: Die Klimakatastrophe kann nur durch eine radikale Verkehrswende abgewendet werden. Klar ist auch: Das ist mit den deutschen Autokonzernen in ihrer jetzigen Form nicht zu machen. Mit Aktionstagen bei der Automesse IAA in Frankfurt stellt sich Attac gemeinsam mit Bündnispartner*innen der Autolobby in den Weg.

13. September 2019

Abendveranstaltung »Verkehrswende gemeinsam durchsetzen«

Zum Auftakt der IAA-Proteste bereitet Attac die Veranstaltung »Verkehrswende gemeinsam durchsetzen« vor. Das Ziel: Menschen aus den vielen Organisationen, Verbänden, Gewerkschaften und Bewegungen, die sich mit dem Thema Verkehrswende befassen, an einen Tisch zu bringen und auszuloten, was gemeinsam geht.
www.attac.de/verkehrswende

14. September 2019

Fahrrad-Sternfahrt und Demo vor die Messetore der IAA

Unter dem Motto »Aussteigen« organisiert ein breites Bündnis – darunter Attac – eine Fahrrad-Sternfahrt und Demo zur IAA. Tausende Radfahrer*innen tragen die Forderung nach einem sofortigen Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor und nach klimaneutralem Verkehr bis 2035 vor die Tore der Automesse.
www.iaa-demo.de

14. und 15. September 2019

Aktion Zivilen Ungehorsams: Sand ins Getriebe streuen, IAA blockieren

Zeit, der Autoindustrie Sand ins Getriebe zu streuen. Mit einer öffentlich angekündigten Aktion zivilen Ungehorsams blockieren Aktivist*innen gemeinsam die IAA. Die Aktion wird ein Bild der Vielfalt, Kreativität und Offenheit vermitteln. Alle, ob protesterfahren oder nicht, können mitmachen.

20. bis 21. September 2019

Konferenz »Kommunen und Wohnen« in Frankfurt

Wohnungsmangel wird in deutschen Städten, aber auch in ganz Europa immer eklatanter. Auf der Konferenz, die Attac gemeinsam mit Verdi, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Wohnungsinitiativen organisiert, werden daher Möglichkeiten diskutiert, Wohnraum wieder bezahlbar zu machen und dem Renditestreben der Aktionär*innen zu entziehen.

4. bis 6. Oktober 2019

Herbstratschlag des Attac-Netzwerks in Frankfurt

Das Attac-Netzwerk trifft sich in Frankfurt zum Herbstratschlag, um die bundesweiten Gremien zu wählen, den Haushalt 2020 zu verabschieden und die Aktivitäten der kommenden Monate festzulegen.

Mehr Informationen zu den Terminen:
www.attac.de/veranstaltungen

Menschen in Attac

»Für eine bessere Welt aktiv werden – jetzt«

Annika, 21, hat gemeinsam mit Freund*innen in Hannover eine neue Noya-Gruppe gegründet – Noya ist das Network of Young Altermondialists, ein Netzwerk junger Attac-Aktivist*innen. Bei ihrem ersten Besuch einer Attac-Aktionsakademie hat die Geographiestudentin Klettern geübt und gleich an der spektakulärsten Aktion des fünftägigen Camps mitgewirkt.

Annika, wie bist du zu Attac gekommen und wie organisierst du dich in der Bewegung?
Freund*innen und ich hatten in den vergangenen Jahren schon öfter mit dem Gedanken gespielt, bei Attac aktiv zu werden: Wir wollten uns politisch stärker engagieren und suchten nach einem Zusammenhang, in dem wir möglichst selbstbestimmt und frei zu globalisierungskritischen Themen arbeiten und aktiv werden können – aber uns hatte noch ein konkreter Anknüpfungspunkt gefehlt.
Den haben wir schließlich bei einer Fahrradtour gefunden, bei der wir viele Städte in Deutschland bereisten: In Celle wurden wir von zwei sehr netten Attac-Aktivist*innen beherbergt, die uns direkt zum damals anstehenden Frühjahrsratschlag in Bamberg einluden. Dort haben wir uns dann offiziell als neue Noya-Gruppe gegründet. Seither sind wir in Hannover aktiv und begeistern immer mehr junge Menschen, gemeinsam mit uns Aktionen zu Attac-Themen umsetzen.

Du warst dieses Jahr in Augsburg zum ersten Mal bei einer Attac-Aktionsakademie. Was hat dich dazu bewogen, den doch etwas weiteren Weg aus Hannover auf dich zu nehmen?
Die Aktionsakademie ist eine super Gelegenheit, viele neue und spannende Leute kennenzulernen, von deren Aktionserfahrung ich profitieren und mit denen ich mich vernetzen kann.
Wir haben über fünf Tage hinweg mit- und voneinander gelernt, zusammen gegessen, gefeiert und gearbeitet. Es gab eine große Auswahl an Workshops, eine Bastelwerkstatt und überhaupt viel Freiraum für Kreativität. Anfangs wusste ich kaum, für welches Angebot ich mich entscheiden soll. In der Vergangenheit hatte ich mich zwar bereits mit unterschiedlichen Ideen befasst – bislang hatte mir teils aber noch der Mut gefehlt, bestimmte Aktionsformen tatsächlich umzusetzen.

Wofür hast du dich schließlich entschieden?
Mir war es wichtig, sowohl theoretischen Input zu bekommen, als auch praktische Erfahrungen zu machen – in unserer Noya-Gruppe arbeiten wir hauptsächlich aktionsorientiert, und es ist uns wichtig, eine gewisse Vielfalt an Themen und Beteiligungsmöglichkeiten in die Öffentlichkeit zu tragen.
Ich habe mich daher dafür entschieden, in die Stammtischkämpfer*innen-Ausbildung gegen Rassismus hineinzuschnuppern und mehr über Adbusting, die kreative Umgestaltung von kommerzieller Werbung im öffentlichen Raum, zu lernen. Und schließlich habe ich Aktionsklettern geübt: Wer Bäume, Brücken und Laternenpfähle erobern kann, kann wirkmächtige Bilder schaffen und politischen Forderungen mehr Sichtbarkeit geben. Es lässt sich nachdrücklich zeigen, dass es an der Zeit ist, sich für eine bessere Welt zu engagieren.

Du bist in Augsburg direkt aktiv geworden – was genau hast du gemacht?
Bei der Aktionsakademie entscheidet das Plenum, zu welchem Thema die Teilnehmer*innen zum Abschluss öffentlich aktiv werden und zeigen, was sie gelernt haben.
In Augsburg sitzt die Patrizia AG, einer der globalen Anbieter für Immobilieninvestments, die das Wohnen immer teurer machen und Menschen vom Mietmarkt verdrängen. Daher entschieden wir uns dazu, gegen den in vielen Städten um sich greifenden Mietenwahnsinn zu protestieren und mit unterschiedlichen Aktionsformen auf die Problematik aufmerksam zu machen.
Am Samstag kletterte ich daher zusammen mit einem Freund vor dem Konzernsitz der Patrizia in der Augsburger Innenstadt auf einen Laternenpfahl. Wir entrollten dort oben ein großes Banner mit der Forderung nach Enteignung der großen Immobilienkonzerne wie Patrizia, Vonovia und Deutsche Wohnen: Wohnen ist ein Menschenrecht, die Bedürfnisse der Mieter*innen müssen der Spekulation entzogen werden.

Wie haben die Augsburger*innen auf eure Aktion reagiert?
Vom Laternenpfahl hatte ich einen tollen Blick auf die bunte Demo, die die Teilnehmer*innen der diesjährigen Aktionsakademie auf die Beine gestellt haben.
Nachdem wir uns abgeseilt und der Versammlung angeschlossen hatten, zogen wir dann gemeinsam durch die Stadt. Dabei war zu spüren, dass das Thema der steigenden Mieten viele Menschen bewegt und sie unserem Protest sehr positiv gegenüberstehen. Die Situation betrifft schließlich immer mehr Leute.



Foto: Arno Behlau

Was nimmst du mit von der diesjährigen Aktionsakademie?
Ein starkes Gefühl von Zusammenhalt und Selbstermächtigung: Der Austausch mit vielen anderen Leuten, die schon länger aktiv sind oder teils auch noch am Anfang stehen, hat mir gezeigt, dass wir etwas bewirken können, wenn wir unsere Forderungen mit kreativen Aktionen in die Öffentlichkeit tragen und so um Sympathien in der Bevölkerung werben können.
In Hannover haben wir uns zum Beispiel schon mit einem Paddeln gegen Polizeigesetze engagiert und viel mit Schablonen und Sprühkreide gearbeitet. Jetzt fühle ich mich auch fürs Klettern fit. Die Tipps von den Trainer*innen auf der Aktionsakademie haben mir viel Sicherheit gegeben und ich habe neue Netzwerke geknüpft.

Was hast du in den nächsten Monaten vor und was wünscht du dir für dein Engagement bei Attac?
In unserer Noya-Gruppe in Hannover sind uns Klimathemen sehr wichtig, und ich freue mich auf die anstehenden Mobilisierungen zur IAA und von Fridays for Future – da werde ich auf jeden Fall wieder aktiv sein.
Attac ist für mich ein tolles Netzwerk, das große Ressourcen hat: sei es zur ganz praktischen Unterstützung von Menschen, die politisch aktiv werden wollen, oder sei es das beeindruckende Wissen, das viele Aktive im Netzwerk teilen. Ich wünsche mir, dass wir noch mehr junge Leute begeistern und integrieren können – die Aktionsorientierung gibt uns die Möglichkeit, neue Menschen anzusprechen und zu vermitteln, dass wir gemeinsam einiges bewegen können!

Interview: **Judith Amler**

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht.
Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter: Tel.: 069–900 281–10
E-Mail: info@attac.de
Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz. Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datenschutzbeauftragter@attac.de

IAA-Proteste

Verkehrswende gemeinsam durchsetzen – solidarisch und entschieden



Foto: Arno Behlau

Am 12. September öffnen sich wieder die Tore der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) in Frankfurt, trotz Besucherrückgang immer noch größte Automesse der Welt. Tonnenschwere Blechkarren werden dort erst dem Fach- und dann einem zahlungskräftigen allgemeinen Publikum vorgeführt, um anschließend als Drittwagen herumzustehen oder 75 Kilogramm Mensch zu bewegen. Spätestens angesichts der Klimakatastrophe ein absoluter Anachronismus!
Doch dieses Mal werden die Autokonzerne und die sie hofierende Politik sich nicht ungestört selbst feiern: Gleich zwei Bündnisse bereiten Proteste gegen den Wahnsinn des »immer schneller, immer schwerer« vor – und an beiden ist Attac beteiligt. Wir machen damit deutlich, dass es mit der Zerstörung unseres Klimas sowie unserer Städte und Dörfer nicht weitergehen kann. Wir brauchen eine grundlegende Mobilitätswende, und zwar sofort – die Technologie dafür ist längst vorhanden!
Auch die Autokonzerne haben erkannt, dass der Wind sich dreht und versuchen jetzt, sich mit E-Antrieb und »intelligenter« Vernetzung als grün zu präsentieren. Doch ob Verbrenner oder elektrisch: Die auf der IAA ausgestellten Produkte sind platz- und ressourcenfressende Dinosaurier, für die es in einem modernen Verkehrssystem keinen Platz mehr gibt – abgesehen von zum Beispiel Krankentransporten oder Sammeltaxen auf dem Land. Deshalb werden wir die Konzerne dort angreifen, wo es ihnen am meisten wehtut: an ihrem glitzernden Image als Saubermänner und Fortschrittsbringer.
Unter dem Motto #aussteigen organisiert deshalb ein breites Bündnis aus Umwelt- und Verkehrsorganisationen, Basis- und Bürgerinitiativen für Samstag, 14. September, eine Demo und Fahrrad-Sternfahrt (www.iaa-demo.de). Mit Tausenden Radfahrenden tragen wir dort unsere Forderungen vor die Tore der IAA: für einen sofortigen Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor und klimaneutralen Verkehr bis 2035. Wir wollen Vorrang für Fuß- und Radverkehr sowie den massiven Ausbau von Bus und Bahn!
Für alle, die es etwas widerständiger mögen, bereitet parallel dazu ein Netzwerk aus Gruppen und Einzelpersonen eine große Aktion friedlichen zivilen Ungehorsams vor (www.sand-im-getriebe.org). Wir wollen der Sand im Getriebe des Automobilismus sein – mittels einer offen angekündigten Blockade der IAA. Das Ziel: den reibungslosen Ablauf stören! Die Botschaft: Autos raus aus der Stadt – RADikale Verkehrswende statt CARpitalismus!
Zum Auftakt der gemeinsamen Proteste bereiten wir als Attac die Veranstaltung »Verkehrswende gemeinsam durchsetzen« vor – weil wir nicht nur wissen, wogegen wir sind, sondern auch wofür. Dort werden wir die zahlreichen Organisationen, Verbände, Stiftungen, Gewerkschaften und Bewegungen, die bereits auf diesem Feld aktiv sind, an einen Tisch bringen. Mit ihnen wollen wir uns über Forderungen, Konzepte und Strategien der Durchsetzung austauschen und Synergien ausloten. Denn wir wissen: Von sich aus werden weder die zerstörerische Autoindustrie noch die vor ihr buckelnde Politik eine ökologische Wende einleiten. Wir brauchen eine Verkehrswende von unten – und diese beginnt jetzt!
Überall wird diskutiert, wie eine andere, ökologische und soziale Mobilität aussehen kann. Dezentral finden Veranstaltungen und Aktionen statt, werden Unterschriften für Radentscheide gesammelt oder lokale Verkehrswende-Bündnisse gegründet. Was der entstehenden Bewegung bisher fehlte, war ein Leuchtturm, ein überregionaler Kristallisationspunkt, wo sie ihre Kräfte bündeln und ihre Forderungen einer breiten Öffentlichkeit präsentieren kann. Doch das wird sich bald ändern!
Die Proteste gegen die IAA bilden den Auftakt eines heißen Klimaherbstes: Am 20. September ruft Fridays for Future zu einem weltweiten Streik für das Klima auf. »FreeTheSoil« nimmt einen Hersteller von Düngemitteln ins Visier, stellvertretend für die gesamte industrielle Landwirtschaft, und am 27. September steigt der globale Earth Strike. Die Schüler*innenstreiks haben es geschafft, den Klimaschutz zum Top-Thema der Europawahl zu machen. Aber wer glaubt, die Welle würde nun abebben, irrt sich gewaltig.
Attac ruft auf: Streicht euch das Wochenende vom 13. bis 15. September im Kalender an, erzählt es weiter, kommt mit Freund*innen und Familie nach Frankfurt – am besten natürlich mit dem Rad, oder, wenn es zu weit ist, per Bus und Bahn! Lasst uns weit über die Grenzen unseres Landes ein starkes Signal aussenden: für Klimaschutz, für lebenswerte Städte, für ein ganz anderes Verkehrssystem. Das Auto hat fertig!

Sabine Lassauer, Kampagnenunterstützung
Urs Kleinert, Attac AG Jenseits des Wachstums

www.attac.de/verkehrswende



Attac-Sommerakademie

Das gute Leben für alle!



Foto: Stephanie Handtmann

Wie kommen wir von einem Leben auf Kosten anderer zum guten Leben für alle? Zu diesem hochaktuellen Thema wird es bei der Attac-Sommerakademie viel Gelegenheit zum Lernen, Diskutieren und Austauschen geben. Vom 31. Juli bis zum 4. August bieten wir in der Erich-Kästner-Gesamtschule in Bochum ein vielfältiges Programm aus fast 100 Seminaren, Workshops, Foren und anderen Formaten an.

Die Sommerakademie ist offen für alle Interessierten, die sich in sommerlich entspannter Atmosphäre mit Alternativen zur neoliberalen Globalisierung beschäftigen wollen. Sie bietet auch für Neueinsteiger*innen eine gute Gelegenheit, Attac kennenzulernen und sich mit den Themen und Argumenten der Globalisierungskritik vertraut zu machen.

Im Mittelpunkt stehen Ansätze für einen sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft sowie die Themen Migration, Rechtsruck, autoritäre Herrschaftsformen und Demokratie. Ein vielseitiges Kulturprogramm mit Konzerten, Kleinkunst, Filmen und eine Party vervollständigt das Angebot für fünf gelungene Tage.

Das Thema »Gutes Leben für alle« hat durch die verstärkte Klimadiskussion und den Druck der Fridays-for-Future-Bewegung auf die Regierung nochmals an Aktualität gewonnen. FfF-Vertreter*innen werden ebenfalls dabei sein, und neben vielen anderen spannenden Referent*innen wird uns Pia Klemp, die Kapitänin der Iuventa und Sea-Watch 3, einen Einblick in den Alltag der Seenotrettung geben und mit uns über die Notwendigkeit der Beseitigung von Fluchtursachen sprechen.

Die Attac-Sommerakademie findet in Kooperation mit der Anne-Frank-Bildungsstätte, der Otto-Brenner- und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dem Netzwerk Plurale Ökonomik, dem Commons-Institut, dem I.L.A.-Kollektiv, der Initiative »Make Rojava Green Again« sowie dem Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung statt.

Für Kurzentschlossene: Die fünf Tage Sommerakademie kosten ermäßigt 95 Euro, regulär 130 Euro einschließlich Vollverpflegung. Tageskarten können vor Ort gekauft werden. Kostenfreie Schlafmöglichkeiten gibt es in einer Turnhalle und Platz zum Zelten neben der Schule.

Alle Informationen und Anmeldung hier:
www.attac.de/soak

Bleiberecht statt Ausgrenzung

Petition zum 70. Jahrestag des Grundgesetz



Der 23. Mai 2019 war der 70. Jahrestag der Verkündung unseres Grundgesetzes. Diesen Geburtstag nehmen die Nichtregierungsorganisationen Grundrechte-Komitee und Medico International zum Anlass, in einer Petition den Bundestag aufzufordern, allen Menschen, die in Deutschland im Status der Duldung oder in der Illegalität leben, ein dauerhaftes Bleiberecht einzuräumen.

Aus unterschiedlichen Gründen (abgelaufenes Visum, abgelehnter Asylantrag) leben diese Menschen seit Jahren unter prekären Bedingungen, arbeiten meist im Niedriglohnsektor, in der Pflege oder als Putzkräfte, um geringe Sozialleistungen aufzubessern. Dabei werden sie häufig von Arbeitgeber*innen ausgebeutet, weil sie sich nicht wehren können. Sie leben mit der ständigen Angst vor der Abschiebung und haben keinen ausreichenden Zugang zu medizinischen Leistungen, da sie ohne Krankenversicherung leben. Mietverträge können sie nicht selbst unterzeichnen, Kindern und Jugendlichen bleibt der Zugang zu Schule und Ausbildung verwehrt.

In unserem Grundgesetz steht *»Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlicher Gewalt«* Art.1 Abs.1 Satz1. Um dieser Verpflichtung nachzukommen, wird der Petitionsausschuss aufgefordert, den geduldeten oder in Illegalität lebenden Menschen eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis einzuräumen. Denn nur so ist ein menschenwürdiges Leben möglich mit Zugang zur kulturellen und sozialen Teilhabe.

Mit dieser Petition soll die Realität dieser Menschen in das öffentliche Bewusstsein gerückt werden.

Attac Deutschland unterstützt als Erstunterzeichnerin ausdrücklich diese Petition, um die existenzielle Unsicherheit und Rechtlosigkeit für diese Menschen zu beenden. Alle Attac-Aktiven und Interessierten werden gebeten, die Petition ebenfalls zu unterzeichnen. Wer darüber hinaus aktiv für die Aktion sein will, kann sie über Social Media-Kanäle weiterverbreiten, Flyer zum Verteilen anfordern oder mit den Unterschriftenlisten herunterladen.

www.petition-bleiberecht.de

Neues Bildungsmaterial

»Moderne Sklaverei? Über globale Arbeitsverhältnisse«



Schätzungen zufolge leben weltweit mehr als 40 Millionen Menschen in sklavenähnlichen Verhältnissen – mehr als jemals zuvor in der Geschichte der Menschheit. Grund genug für Attac, in Kooperation mit dem Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen (EPN) ein neues Bildungsmaterial für Schule (Sekundarstufe I und II) und außerschulische Bildung zum Thema »Moderne Sklaverei? Über globale Arbeitsverhältnisse« zu veröffentlichen.

Das erste Modul des Materials befasst sich mit der modernen Sklaverei im engeren Sinne. Die Zwangsverheirateten noch nicht einmal einberechnet, arbeiten alleine 26 Millionen Menschen unter Zwang in illegalen Fabriken, in der Landwirtschaft, auf Baustellen, in der Fischerei, in Bordellen oder in privaten Haushalten. In zahlreiche alltägliche Konsumgüter (und ihre Vorprodukte) ist mit hoher Wahrscheinlichkeit Sklavenarbeit eingegangen. In diesem Zusammenhang wird auch die aktuelle Kampagne für ein verbindliches UN-Abkommen zum Schutz der Menschenrechte in der Wirtschaft (Binding Treaty) behandelt.

Thema des zweiten Moduls ist die politische Ökonomie der Migration. Darin kommen zunächst viele Migrant*innen selbst zu Wort. Anschließend werden Freihandel als Fluchtursache sowie ökonomische Interessen im Zusammenhang mit Migration behandelt. Genau beleuchtet wird die Situation der Arbeitskräfte, die – oft ohne sicheren Aufenthaltsstatus – in der europäischen Landwirtschaft schuften.

Das letzte Modul schlägt dann den Bogen zur Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse in Deutschland. Hier sollen die Lernenden als Lohnabhängige von heute und morgen nicht nur überlegen, welche Berufswünsche sie haben, sondern auch, wie es um ihre Rechte in der Arbeitswelt bestellt ist und welche (Arbeitsmarkt-)Politiken welche Auswirkungen auf ihr Leben haben.

Wie alle Attac-Bildungsmaterialien für Schule und außerschulische Bildung kann das neue Material auf der Seite www-attac.de/bima kostenlos heruntergeladen oder zum Preis von 10 Euro gedruckt bestellt werden unter www.attac.de/shop.





Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel.: 069 – 900 281 – 10
E-Mail: info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

GOGREEN
Der CO_2-neutrale Versand mit der Deutschen Post

einfach. umsteigen
Klimagerechte Mobilität für alle!

Engagement wirkt – auch gegen Klimawandel!

Mit einem Video, das im Netz geradezu explodierte, hielt der Youtuber Rezo wochenlang die CDU in Atem – die daran scheiterte, adäquat auf die mit harten Fakten untermauerte Kritik an ihrer Klima- und Umweltpolitik zu reagieren. Freitag für Freitag gehen Schüler*innen für eine andere Klimapolitik auf die Straße und halten damit die Parteien auf Trab, die sich zum Teil erst jetzt gezwungen sehen, die Probleme des Klimawandels endlich ernst zu nehmen. Bei Ende Gelände machten sich in diesem Jahr wieder viele Aktivist*innen auch aus Attac im Rheinischen Braunkohlerevier für einen Ausstieg aus der Kohle stark. Und in Attac setzen sich viele Menschen in der Kampagne »Einfach umsteigen« für eine klimagerechte Mobilität für alle ein und machen damit Druck auf Unternehmen und Politik.

Engagement außerhalb der Parlamente wirkt – unterstütze uns deshalb dabei!
Wir überlassen die Mobilität der Zukunft nicht profitorientierten Autokonzernen und konzernfreundlichen Ministerien, sondern organisieren die Mobilitätswende von unten. Wenn wir nicht zulassen wollen, dass Mensch und Umwelt unter die Räder geraten, müssen wir endlich auf ein klimagerechtes, soziales und gemeinwirtschaftliches Verkehrssystem umsteigen. **Du kannst uns dabei unterstützen!** Engagiere dich in unserer Kampagne (www.attac.de/einfach-umsteigen), und **hilf uns bei unserem Engagement für eine Mobilitätswende mit einer Spende!** Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter www.attac.de/spenden geht das schnell und unkompliziert. Herzlichen Dank!

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069 – 900 281 – 10
Fax: 069 – 900 281 – 99
E-Mail: info@attac.de
Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion: Judith Amler, Jule Axmann, Lena Bröckl, Frauke Distelrath, Stephanie Handtmann, Achim Heier, Hermann Mahler, Jana Mattert
V.i.S.d.P.: Stephanie Handtmann

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. 2014 entzog das Finanzamt Attac die Gemeinnützigkeit mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch.
Der Bundesfinanzhof greift diese Sichtweise in seiner aktuellen Entscheidung auf und hat unsere Klage an die erste Instanz zurückverwiesen; wir sind entschlossen, den Rechtsweg bis zum Ende auszuschöpfen.
Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter www.attac.de/spenden/aktuell

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts | BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.
IBAN
DE57 4306 0967 0800 1008 00
BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)
ggf. Stichwort
RBF1902
PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)
Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)
IBAN
DE
06

Datum
Unterschrift(en)

SPENDE